

GEMEINDE Wendeburg

- Straßenausbau Anliegerstraße „Opferstraße“ in Wendeburg, OT Meerdorf

Baubeschreibung und ergänzende Auflagen

1. Die Gemeinde Wendeburg beabsichtigt den **Straßenvollausbau** der an die **Gemeindestraße „Opferstraße“** im Ortsteil Meerdorf anschließenden Anliegerstraße, auszuführen. Die Baumaßnahme besteht aus einem Los. Der gesamtwirtschaftlichste Bieter erhält den Zuschlag.

Bei der vorhandenen Anliegerstraße handelt es sich derzeit um eine unbefestigte Stichstraße ohne Gewerbebetriebe und ohne landwirtschaftliches Verkehrsaufkommen. Die Straße wird nördlich durch die neue Rettungswache, südlich durch die örtliche Meerzweckhalle und östlich durch private Bebauung und Einfriedungen eingefasst. Zusätzlich sind auf den Außenanlagen der Rettungswache Parkplatzflächen mit direktem Anschluss an die Straße herzustellen. Für sämtliche Flächen ist eine Pflasterbauweise ohne Einsatz von Recyclingmaterial im Oberbau vorgesehen. Das Pflaster sowohl in der Fahrbahn als auch in den Nebenanlagen ist per Hand zu verlegen.

Die Fahrbahnentwässerung erfolgt über Straßenabläufe in die Regenwasserkanalisation und auf dem Planum ist eine Planumsentwässerung mit Anschluss an das RW-Ortsnetz vorgesehen. Im Vorfeld wurde bereits der RW-Kanal unterhalb der Straße erneuert. Die neuverlegten Schächte sind im Zuge der Oberflächenherstellung anzupassen und zusätzlich sind Straßenabläufe zu liefern und einzubauen.

Bestand

Der vorhandene Straßenaufbau entspricht derzeit dem Charakter einer provisorischen Baustraße und besteht überwiegend aus einer ungebundenen Schotter- bzw. Kiestragschicht mit Anteilen aus Recyclingmaterial und Mineralgemisch. Die Ergebnisse von Laboruntersuchungen eines bereits rückgebauten Abschnitts liegen den Ausschreibungsunterlagen bei. Des Weiteren liegen zur Abschätzung der Baugrundverhältnisse Bohrungen des angrenzenden Grundstücks aus dem Neubau der Rettungswache Wache vor. Das entsprechende Baugrundgutachten ist Bestandteil der Ausschreibungsunterlagen.

Wichtiger Hinweis zum Bauablauf: Im Zuge der Bauausführung sind baubegleitend Haufwerke zur Untersuchung der geotechnischen und schadstofftechnischen Eigenschaften anzulegen. Für die entsprechende Zwischenlagerung stehen ausreichend Flächen auf den unmittelbaren Nachbargrundstücken zur Verfügung. Die Bereitstellungsflächen für die Bodenmieten sind durch den AN witterungsbeständig herzustellen und so auszuführen, dass Beeinträchtigungen des Untergrundes ausgeschlossen werden.

2. Die Baumaßnahme umfasst folgende wesentliche Leistungen:

- rd. 310 m³ Mineralgemisch und Boden aufnehmen und im Baubereich für Haufwerksbeprobungen getrennt lagern. Im Anschluss Wiederverwendung für:
 - Baugrundverbesserung unterhalb des Planums,
 - Entsorgung und/oder
 - Bodentransport (max. 1.000 m) auf vom AG bereitgestellten Flächen.
- rd. 385 m² Betonpflaster in Fahrbahnen
- rd. 200 m² Betonpflaster in Parkplatzflächen
- rd. 350 m² Untergrundverbesserung (d bis 30 cm)*
- rd. 65 m Entwässerungsrinne /-mulde herstellen
- rd. 60 m Planumsentwässerung
- rd. 20 m Gehweg als Anschluss zur Mehrzweckhalle (Rückbau bauseits)

* **Wichtiger Hinweis:** Auf dem anstehenden Erdplanum wird voraussichtlich keine ausreichende vollflächige Tragfähigkeit von mind. 45 MPa erreicht. Aus diesem Grund ist ein Teilbodenaustausch mit einer Stärke von bis zu 30 cm notwendig. Die Bereiche sowie die Schichtstärken der Baugrundverbesserung ist baubegleitend mit dem AG bzw. der örtlichen Bauüberwachung abzustimmen. Bautechnisch werden mit Hilfe von Probefeldern und statischen bzw. dynamischen Plattendruckversuche die Flächen mit unzureichender Tragfähigkeit bestimmt.

3. **Pauschalangebote** sind nicht zugelassen

4. Während der Ausführung der ausgeschriebenen Leistungen ist ein **kontinuierlicher Anliegerverkehr** zu gewährleisten (insbesondere für Rettungs- und Löschfahrzeuge). Eventuell erforderlich werdende **Transporte von Mülltonnen** etc. zu den für Müllfahrzeuge zu befahrenden Bereichen werden dem AN zur Auflage gemacht und werden nicht gesondert vergütet.
5. In der vorgegebenen Ausführungszeit sind Urlaubs- und sonstige Ausfallzeiten eingerechnet. Nach Auftragserteilung und vor Baubeginn hat der AN dem AG einen verbindlichen Bauzeitenplan einzureichen, aus dem der geplante Bauablauf eindeutig zu ersehen ist.
6. Die Herstellung der Pflasterflächen ist in Handverlegung durchzuführen. Maschinenverlegung ist **nicht** zugelassen. Grundsätzlich sind **Musterflächen** auf Ausführungsbreiten zu prüfen und vor der eigentlichen Verlegung vor Ort auszulegen, um unnötige Pflasterschnitte zu vermeiden. Die Lage der Bordanlagen ist auf diese tatsächlichen Ausführungsbreiten anzupassen, soweit sich dies in Bezug auf Grundstücksgrenzen realisieren lässt. Vor Lieferung der Pflastersteine wird eine Bemusterung der vorgesehenen Steine zusammen mit der Gemeinde vor Ort durchgeführt.

7. Die Lage der Grenzsteine bzw. Grenzpflocke wird vor Baubeginn protokolliert. Die Wiedereinmessung und das Setzen etwa verloren gegangener Grenzvermarkungen geht zu Lasten des AN. Das Sichern der Grenzsteine bzw. Grenzpflocke, z.B. mit KG-Rohren, obliegt daher dem AN und ist in die Einheitspreise mit einzukalkulieren.
8. Die **Aushubbreiten für Rohrgräben werden nach DIN EN 1610** (Baugruben, Gräben, Böschungen, Arbeitsraumbreiten und Verbau) festgelegt.
9. Die **Benutzung von Privatgrundstücken** hat entsprechend der örtlichen Einweisung in jedem Fall nur auf den dafür vorgesehenen Flächen zu erfolgen. Werden darüber hinaus von Besitzern berechnete Ersatzansprüche gestellt, gehen diese zu Lasten des AN.
10. Schachtabdeckungen, Schieberkappen und Borde sind **höhengerecht** nach der jeweiligen Straßen- oder Gehwegoberkante auszurichten.
11. Sämtliche **Transporte** sind der Belastungsfähigkeit der Befestigungen anzupassen. Durch Nichtbeachtung entstehende Schäden gehen zu Lasten des AN.
12. Die Grundstücke müssen über vorschriftsmäßige **Verkehrsbrücken** in der Regel für Fußgänger und PKW, erforderlichenfalls jedoch auch für landwirtschaftlichen oder sonstigen Fahrzeugverkehr, erreichbar sein. Entsprechende Ansätze sind im Leistungsverzeichnis enthalten.
13. Die vorhandenen **Höhen der Grundstückszufahrten sind grundsätzlich zu übernehmen**. Regulierungen von Grundstückszufahrten auf privaten Flächen erfolgen nur nach vorheriger Abstimmung mit den Grundstückseigentümern und dem AG.
14. Die **Festlegung der Ausbauhöhen** erfolgt ergänzend zur Ausbauplanung zusammen mit der Bauleitung des AG. Hierzu ist vom AN entsprechendes Personal und Gerät zur Verfügung zu stellen, um die Höhenfestlegung vor Ort nivellieren, abstecken und abschnüren zu können. Diese Arbeiten erfolgen abschnittsweise und werden nicht gesondert vergütet. Der hiermit verbundene Aufwand ist vom AN in den Positionen „Baustelleneinrichtung“ einzukalkulieren.
15. Im Kreuzungsbereich mit vorhandenen Leitungen und Kabeln ist die Handschachtung durchzuführen. Die **Bestandspläne der Versorgungsträger** sind eigenverantwortlich durch den AN vor Baubeginn zu beschaffen und während der gesamten Baumaßnahme zu beachten. Gegebenenfalls sind Querschnitte zur Auffindung von Leitungen unerlässlich.

16. **Beweissicherungsmaßnahmen** sind rechtzeitig mit der Bauleitung abzustimmen. Zusätzlich müssen durch den Auftragnehmer vor Arbeitsbeginn **Fotos** von Oberflächenbefestigungen, Gebäuden, Mauern, Zäunen usw. gemacht und der Bauleitung übergeben werden.
17. Alle Bauleistungen, auch evtl. Nachtragsaufträge und Stundenlohnarbeiten, sind den jeweils zutreffenden Titeln des Leistungsverzeichnisses zuzuordnen und dort abzurechnen.
18. Für anzuliefernde Mineralstoffe ist vor dem Einbau grundsätzlich die aktuelle Materialeignungsprüfung (halbjährliche Gültigkeit) hinsichtlich der Körnungsverteilung und Beschaffenheit des Materials vom Auftraggeber zu erbringen. Lieferscheine und Wiegekarten von angelieferten Mineralstoffen sind mindestens einmal wöchentlich der Bauleitung vorzulegen. Neue Lieferscheine über Mineralstoffe; welche erst zur Schlussrechnung vorgelegt werden, können als Abrechnungsgrundlage und Massennachweis nicht mehr herangezogen werden und bleiben unberücksichtigt.
19. Die Schlussrechnung ist mit Massenberechnung und **sauberen Abrechnungszeichnungen** (1:250) mit auf NN bezogenen Höhen 2-fach vorzulegen.
- **Aufmaße** sind am Bauobjekt durchzuführen und anzuerkennen. Nicht mehr eindeutig zu bestimmende Leistungen werden vom AG nicht anerkannt.
 - **Stundenlohnarbeiten** sind nur auf ausdrückliche Anweisung der Bauleitung zu leisten und über bestätigte Nachweise abzurechnen und wöchentlich zu Unterzeichnung vorzulegen!
 - **Aufmaßblätter** sind durchlaufend zu nummerieren und übersichtlich mit Stationsangaben, Skizzen und dazugehörigen Maßen zu versehen.
 - Schütt- und Straßenbaustoffe sind mit aufgelisteten Original-Lieferscheinen zu belegen.
 - Titelbezogene Leistungen, welche keine Leistungsposition enthalten, werden zu den Einheitspreisen aus anderen Titeln abgerechnet.
20. Verkehrssicherungspläne für die Baustellen, die die örtlichen Verhältnisse und die vorhandene Beschilderung berücksichtigen, sind vor Baubeginn vom AN bei der zuständigen Verkehrsbehörde vorzulegen und genehmigen zu lassen.
- Durch sorgfältige Bauablaufplanung in Zusammenarbeit mit der Bauleitung und der Gemeinde Wendeburg ist sicherzustellen, dass **Behinderungen des öffentlichen Verkehrs und des Anliegerverkehrs**, soweit technisch vertretbar, vermieden werden. Dadurch möglicherweise entstehende Mehrkosten werden nicht besonders vergütet.
21. Vom AN sind spätestens zur **Baustelleneinweisung sämtliche verantwortliche Personen** für das Bauvorhaben zu nennen. Hierzu zählen **Bauleiter, Schachtmeister, Ersthelfer, Sicherheitsbeauftragte** usw.

22. Bieter müssen mit Angebotsabgabe und während der Werkleistung die fachliche Qualifikation (Fachkunde, technische Leistungsfähigkeit, Zuverlässigkeit der technischen Vertragserfüllung) und die Gütesicherung bei Ausführung der Werkleistung nachweisen.
23. Die **Entsorgung von Boden und Steine** bis zur Klassifizierung „BM-F3“ gemäß EBV erfolgt durch den AN im Vereinfachten Verfahren. Der AN hat dem AG die Deponie und dessen Standort vor Entsorgung zu nennen. Diese Koordinierungsaufgabe wird nicht gesondert vergütet. Der AN verpflichtet sich, die anfallenden Stoffe im Baustellenbereich separat zu erfassen und eine Vermischung mit anderen Stoffen, soweit technisch realisierbar, zu vermeiden. Die kontinuierliche und lückenlose Eintragung der abgefahrenen Massen bzw. Volumen der Stoffe mit Zuordnungswert in den Bautagebüchern werden dem AN zur Auflage gemacht.
24. Im Rahmen der **Eigenüberwachung sind sämtliche Eigenüberwachungskontrollprüfungen** dem AG nach Aufforderung zu übergeben. Dazu gehören sowohl die Eignungsnachweise der verwendeten Materialien als auch die baubegleitend durchzuführenden Kontrollprüfungen. Sämtliche Eigenüberwachungsprüfungen werden nicht gesondert vergütet. Die entsprechenden Positionen des Leistungsverzeichnisses zur Kontrollprüfungen beinhalten ausschließlich ergänzende Untersuchungen und werden nur vergütet, wenn die entsprechende Grundlage der Eigenüberwachung vom AN ausgeführt wurde. Kontrollprüfungen mit negativem Ergebnis (kein erbrachter Nachweis der geforderten Eigenschaften) werden nicht vergütet.
25. Als Fläche für die Baustelleneinrichtung und Bodenmieten können innerhalb des Baufeldes nur die öffentlichen Straßenflächen sowie angrenzende Grundstücke in Absprache mit dem AG genutzt werden.
26. Die Straßen sind regelmäßig zu säubern. Der hiermit verbundene Aufwand ist in die Position „Baustelleneinrichtung“ einzurechnen.

27. Verbindliche Einbaugewichte

Soweit Einbaumengen nicht nach kg/m² ausgeschrieben wurden bzw. für Wagenaufmaße, werden für den Materialnachweis der Baustoffe folgende Einbaugewichte verbindlich zugrunde gelegt:

		lose	verdichtet
a) Oberboden	=	1,6 t/m ³	-----
b) Füllsand	=	1,7 t/m ³	2,0 t/m ³
c) Füllkies/Frostschuttkies	=	1,7 t/m ³	2,0 t/m ³
d) Mineralgemisch	=	1,8 t/m ³	2,2 t/m ³
e) Asphalttragschicht	=	-----	2,3 t/m ³
f) Asphaltbinder	=	-----	2,4 t/m ³
g) Asphalttragdeckschicht	=	-----	2,5 t/m ³
h) Asphaltbeton	=	-----	2,5 t/m ³
i) granulierten Schlacke	=	1,0 t/m ³	-----